

+++ Wann: 30.1.2018 - 17:00 Uhr +++
+++ Wo: Stadthausbrücke / Ecke Neuer Wall +++

Konsum statt Gedenken? Jamais!

85 Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis wollen wir mit einer Kundgebung am Stadthaus an Widerstand und Verfolgung erinnern und deutlich machen:

Die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in den öffentlichen Raum

UnterzeichnerInnen für die Initiative Gedenkort Stadthaus:

Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AVS); Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.; Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.; City-Hof e.V. - Für gelebte und gebaute Kultur; Denkmalverein Hamburg; FG Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe - ver.di Hamburg; Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus; Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V.; fux eG; Gängeviertel; Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.; Geschichtswerkstatt St. Georg; Geschichtswerkstatt Wandsbek; Hamburger Bündnis gegen Rechts; Landesjugendring Hamburg e.V.; Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg; Stolpersteine Hamburg e.V.; VerdiAntiRA Arbeitskreis; Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen; Verlag Assoziation A; Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V.; Marlise Appel, Ev. Akademie der Nordkirche; Olaf Harms, Vorsitzender LBV ver.di-Hamburg; Stephan Kaiser, 1. Vorsitzender Kulturhaus Süderelbe e.V.; Dr. Stephan Linck, Studienleiter Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit der Evangelischen Akademie der Nordkirche; Hein Pfohlmann, 1. Vorsitzender des Kuratoriums der Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg; Detlef Baade; Prof. Dr. Ulrich Bauche; Rolf Becker; Christine Ebeling; Norbert Hackbusch; Hannes Heer; Ulrich Hentschel, Pastor i.R.; Michael Joho; Siri Keil; Bernhard Nette; Claudia Sello; Sylvia Wempner

Konsum statt Gedenken? Niemals!

Das Stadthaus braucht einen angemessenen Ort der Erinnerung an den Widerstand und die Verfolgung in Hamburg

Wir fordern ein öffentliches und transparentes Verfahren zur Zukunft des Gedenkortes Stadthaus sowie eine Beteiligung der Verfolgten-Organisationen

Unser gemeinsames Ziel ist eine Sichtbarmachung des Ortes als zentrale Stätte des Nazi-Terrors und als würdiger Dokumentations- und Erinnerungsort an den antifaschistischen Widerstand in Hamburg





Hamburger Stadthaus und Gestapo-Zentrale
im Jahr 1935

Das Stadthaus erinnert wie kein zweites Gebäude der Stadt an den Terror der Nazi-Zeit. Als Sitz der politischen Polizei funktionierte es bereits im Kaiserreich (bis 1918) als Ort der Unterdrückung und Überwachung der Arbeiterbewegung. Als zentraler Standort der Staatspolizei, des ‚Kommandos zur besonderen Verwendung‘, der Gestapo, der Kriminal- und Sicherheitspolizei und weiterer Polizeidienststellen wurde das Gebäude von 1933 bis 1943 zum Zentrum der nationalsozialistischen Verfolgung und Gewalt. Hier war der Ort der Folter-Verhöre, denen Tausende ausgeliefert waren und die viele nicht überlebten. Dazu gehört in erster Linie der Widerstand der ArbeiterInnenbewegung: GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und KommunistInnen. Von hier aus wurden die Deportationen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma organisiert.

1943 trafen Bomben das Stadthaus und die Gestapo- und Polizeizentrale wurde verlegt. Später zog hier die Hamburger Baubehörde ein. Schon 1948 stellten „die politisch und rassistisch Verfolgten in

der Baubehörde“ einen Antrag auf Errichtung eines Erinnerungsmals. Erst 1981 wurde nach jahrelangen Bemühungen der Gewerkschaft ÖTV zumindest eine Gedenktafel an der Stadthausbrücke Nr. 8 angebracht.

Im Jahr 2009 verkaufte die Stadt den gesamten Gebäudekomplex an den privaten Investor Quantum Immobilien AG. Unter der Überschrift „Stadthöfe - Hommage ans Leben“ soll hier im Frühsommer 2018 ein luxuriöses Einkaufsquartier eröffnen. Mit allerlei französischer Wortwitzelei bemüht sich eine Imagekampagne um ein weltstädtisches Flair à la Paris oder Berlin. Auf der Website „www.stadthoefe.de“ ist zu lesen was es alles gibt: Vom „zauberhaften 4-Sterne-Boutique-Hotel“, über „50 aparte Geschäfte“ und „exklusive Büros“ bis zu „88 hochwertige(n) Wohnungen“. Mit keiner Silbe wird dabei erwähnt, dass sich hier, wo in Zukunft sorglos flaniert und konsumiert werden soll, einst Hamburgs NS-Terror-Zentrale befand. Vor diesem Hintergrund liest sich der Slogan „Hommage ans Leben“ überaus zynisch und verantwortungslos.

**Gedenken darf nicht privatisiert werden -
es gehört uns allen!**

Im Kaufvertrag hat die Stadt den Investor zwar zur Einrichtung von „Räumlichkeiten für ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg“ verpflichtet. Was dort jedoch nach bisherigem Planungsstand entstehen soll, erscheint für einen historisch derart bedeutenden Gedenkort extrem unangemessen: Von 530 qm, die ursprünglich im Bauantrag als Ausstellungsfläche genannt sind, bleiben nach Auskunft des Senats für eine Dokumentations- und Gedenkstätte insgesamt gerade mal 110 qm übrig. Den Großteil der Gesamtfläche sollen eine Buchhandlung und ein Café einnehmen. Ein erinnerungshistorisch versierter Träger und ein Konzept - inklusive qualifiziertem Personal - für den Betrieb einer angemessenen Gedenkstätte sind nicht in Sicht, weil hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Durch die Privatisierung dieses Gedenkauftrags entzieht sich die Stadt ihrer historischen Verantwortung. Das ist mehr als nur ein Fauxpas. Angesichts der Tatsache, dass es bislang in Hamburgs Innenstadt keinen einzigen Erinnerungsort an die Täter und ihre Opfer und damit auch an den Widerstand gibt, würde dieser Schritt einen qualitativen Rückschritt in Hamburgs Erinnerungskultur und -politik bedeuten.